

Folgen der russischen Invasion für die niedersächsische Politik

Positionspapier des Vorstands der niedersächsischen CDU-Landtagsfraktion

Die völkerrechtswidrige Invasion des russischen Präsidenten Wladimir Putin in der Ukraine stellt einen Epochenbruch dar, der die gesamte europäische Sicherheitsarchitektur infrage stellt und kurz- wie langfristige Konsequenzen auch für die niedersächsische Landespolitik erforderlich macht.

Der Vorstand der niedersächsischen CDU-Landtagsfraktion verurteilt den Angriffskrieg Wladimir Putins aufs Schärfste und fordert die Umsetzung der nachstehenden Forderungen:

1. Aufnahme und Unterbringung der Flüchtlinge aus der Ukraine

Über 500.000 Menschen sind bereits aus der Ukraine geflohen – die meisten von ihnen Frauen und Kinder, die ihre kämpfenden Väter und Ehemänner zurücklassen mussten. Es steht außerfrage, dass die Bundesrepublik Deutschland und damit auch das Land Niedersachsen diesen Flüchtlingen Sicherheit und Schutz bieten muss und bieten wird. Niedersachsen steht zu seiner Verantwortung und ist selbstredend bereit, ukrainischen Flüchtlingen unbürokratisch Obdach und gesellschaftliche Teilhabe zu bieten.

Die bestehenden Erstaufnahmelager sind unverzüglich instand zu setzen, um eine reibungslose Erfassung der Geflüchteten ebenso zu gewährleisten wie deren Verteilung auf die Kommunen. Hierzu gehört auch die Bereitstellung eines umfassenden Impfschutzes und einer psychologischen Betreuung. Die Ausländerbehörden sind aufgefordert, in enger Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit unbürokratisch Arbeitsgenehmigungen auszustellen und den Geflüchteten damit die Chance zu bieten, einer geregelten Arbeit in Niedersachsen nachgehen zu können.

2. Aufbau einer autarken Energieversorgung

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein rohstoffarmes Land, das sich selbst nicht ausreichend mit den benötigten Ressourcen versorgen kann. Die Abhängigkeit von russischen Öl-, Kohle- und Gasimporten ist zu groß und muss so schnell wie möglich beendet werden. Dem Land Niedersachsen kommt hierbei eine Schlüsselrolle zu.

Der geplante Bau von LNG-Terminals ist erheblich zu beschleunigen. Die CDU-Landtagsfraktion fordert die Bundesregierung auf, neben Wilhelmshaven auch Stade als zweiten niedersächsischen Standort für ein solches Terminal vorzusehen. Die CDU-Landtagsfraktion ist bereit, den Bau der Terminals sowie der erforderlichen Pipelines und Stromtrassen mit jeweils 100 Millionen Euro pro Standort zu fördern. Ferner ist der Ausbau der erneuerbaren Energien nochmals erheblich zu intensivieren, insbesondere im Bereich der Windkraft und Photovoltaik. Eine engere Kooperation mit unseren europäischen Partnern wird ebenfalls dazu beitragen, eine verlässliche Energieversorgung sicherzustellen.

Energiepolitik ist Teil der deutschen und europäischen Sicherheitspolitik, und das Land Niedersachsen muss hier seiner Verantwortung und seinen Möglichkeiten gerecht werden.

3. Landesverteidigung & Schutz der kritischen Infrastruktur

Die russische Invasion in der Ukraine und deren Folgen haben uns die mangelhafte Einsatzfähigkeit der Bundeswehr noch einmal eindrücklich vor Augen geführt. Zu lange hat sich die Bundesrepublik auf ihrem historischen Erbe und damit auf dem Schutz der NATO ausgeruht. Die Bundesrepublik muss in jederlei Hinsicht ihre Bündnisfähigkeit wiederherstellen, um ein verlässlicher Partner zu sein. Hierbei kommt dem Land Niedersachsen als bedeutendem Bundeswehr-Standort eine besondere Rolle zu. Darüber hinaus stellen russische Cyberangriffe auf die kritische Infrastruktur eine enorme Gefahr für die Sicherheit in Niedersachsen dar.

Die CDU-Landtagsfraktion unterstützt das von Bundesregierung in Aussicht gestellte Sondervermögen i.H.v. 100 Milliarden Euro und ist bereit, weitere Finanzhilfen für die niedersächsischen Standorte und eine Steigerung der Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber bereitzustellen. Ferner fordert die CDU-Landtagsfraktion, die Wehrpflicht wieder einzuführen und zu einer allgemeinen Dienstpflicht für junge Menschen ab 18 Jahren weiterzuentwickeln. Diese soll wie in der Vergangenheit auch als sozialer oder ökologischer Dienst absolviert werden können, um neben der militärischen auch die soziale Infrastruktur abzusichern. Die niedersächsischen Behörden sind aufgefordert, sich stärker als in der Vergangenheit auf Cyber-Angriffe vorzubereiten. Die hierfür erforderlichen Finanzmittel sind unverzüglich bereitzustellen.

4. Schutz und Ausbau der Schlüsselindustrien

Die russische Invasion hat – wie die COVID-19-Pandemie – deutlich gemacht, dass die Bundesrepublik bei bestimmten Gütern unabhängiger von autokratischen Staaten werden muss. Hierzu gehören für die CDU-Landtagsfraktion insbesondere die autarke Versorgung mit Arzneimitteln, Hygieneartikeln und Lebensmitteln, aber auch der Aufbau einer eigenen Batteriezellen- und Chipproduktion in enger Kooperation mit der niedersächsischen Industrie. Ferner gilt es – nicht zuletzt aufgrund der herausragenden Bedeutung der Automobilindustrie für Niedersachsen –, die heimischen Stahlproduzenten zu schützen und somit Arbeitsplätze und soziale Sicherheit zu gewährleisten. Gleiches gilt für Luft- und Raumfahrt- sowie die Schiffbauindustrie.